

Harrsche Kritik an Fahrradpolitik

„Haus & Grund“ gegen Zwang, Abstellplätze zur Pflicht zu machen

Zur Förderung des Fahrradverkehrs gehört aus Sicht der Stadt auch, dass es genügend Abstellplätze gibt. Die Verwaltung will bei vielen Neubauten eine bestimmte Anzahl an Fahrradstellplätzen vorschreiben.

ELKE HAUPTMANN

Stuttgart. Im Ausschuss für Umwelt und Technik hat die Verwaltung bereits die Eckpunkte der geplanten Satzung vorgestellt – sofern sie den kommen sollte: Zunächst muss die Novellierung der Landesbauordnung abgewartet werden. Die grünrote Landesregierung will sie noch in diesem Jahr verabschieden. Geplant ist demnach, dass für jede Neubauwohnung künftig – zusätzlich zum Auto-Parkraum – zwei wettergeschützte Fahrradstellplätze geschaffen werden müssen.

Diesen Zwang lehnt „Haus&Grund“ ab: „Das bedeutet keine Verbesserung für die Radfahrer, sondern lediglich eine überflüssige Zusatzbelastung für die Bauherren und damit auch für höhere Mietkosten“, entrüstet sich der Vereinsvorsitzende Klaus Lang. Allein das Vorhandensein eines Extra-Stellplatzes würde niemanden dazu animieren, aufs Rad umzusteigen. „Politischer Vorgaben bedarf es hier nicht“, ist Vereinsgeschäftsführer Ulrich Wecker überzeugt: „Entscheidet sich etwa ein Bauherr zur Herstellung altersgerechter barrierefreier Woh-

nungen an steiler Hanglage in Stuttgart, ist das aller Ehren wert. Hier zwangsweise Fahrradstellplätze vorzusehen, ist ebenso nutz- wie sinnlos. Hingegen wird der Investor eines Studentenwohnheims schon von sich aus ausreichende Fahrradstellplätze vorsehen, um sein Objekt am Markt attraktiv zu halten.“

Sollte die Landesbauordnung geändert werden, appelliert Haus & Grund schon jetzt an die Stadt, von der vorgesehenen Ausnahmeregelung, „auf Fahrradstellplätze zu verzichten, wenn sie nach Art, Größe oder Lage der Wohnung nicht erforderlich sind“, Gebrauch zu machen. Kritik übt der Verein auch am Ausbau des Radwegenetzes – nicht im Allgemeinen, aber im Detail. Nämlich dann, wenn Hauptverkehrsadern verengt werden. Das führe verstärkt dazu, dass Autofah-

rer in anliegende Wohngebiete ausweichen.

Warum die Interessenvertretung von 19 670 Haus- und Wohnungseigentümern die städtische Radpolitik geißelt? „Weil ein attraktives Umfeld zu einer großen Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend führt“, erklärt Lang mit Verweis auf die Ergebnisse der letzten Bürgerumfrage. Demnach schätzen die Stuttgarter die Lebensqualität in der Stadt als sehr gut ein – trotz hoher Mieten. 86 Prozent der Befragten geben an, gern in Stuttgart zu leben. Unter den 29 in der Umfrage genannten Problemfeldern rangiert die Situation für Fahrradfahrer lediglich auf Platz 26. „Die Stadt priorisiert also falsch“, kritisiert Lang eine fast schon „zwanghafte Fahrradpolitik“. An erster Stelle im Ranking steht die Nahversorgung.



Fahrradabstellplätze könnten für Häuslebauer zur Pflicht werden. Die Eigentümerlobby „Haus & Grund“ wehrt sich dagegen.

Foto: Martin Hein